

## **Antrag**

der Fraktion der DVU

### **Bundratsinitiative zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit den Landesregierung der anderen Bundesländern eine Bundratsinitiative an den Deutschen Bundestag zu erwirken, deren Ziel es sein soll, folgenden Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag einzubringen:

#### **"Gesetz zur Änderung des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt**

##### **Artikel 1**

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 wird aufgehoben.

##### **Artikel 2**

Dieses Gesetzes tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft."

Gleichzeitig soll die Bundesregierung aufgefordert werden, bis zum 31.03.2005 einen neuen Gesetzentwurf über verbesserte Eingliederungsleistungen und finanzielle Anreize für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit für Langzeitarbeitslose bei Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Regelungen zur Arbeitslosenhilfe zu erlassen.

#### Begründung:

Das allgemein mit "Hartz IV" umschriebene Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 führt im Falle seiner Verwirklichung ab 01. Januar 2005 durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau zu einer gesetzlich verordneten Verarmung von hunderttausenden von Langzeitarbeitslosen in ganz Deutschland, aber speziell hier in Brandenburg und den anderen neuen Bundesländern mit ihrer besonders hohen Arbeitslosenquote.

Datum des Eingangs: 18.10.2004 / Ausgegeben: 19.10.2004

Die bisher im Gesetz enthaltenen Regelungen über Eingliederungsbeihilfen und finanzielle Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit täuschen nicht darüber hinweg, dass es gerade in den neuen Bundesländern in Ermangelung einer ausreichenden Zahl von offenen Stellen, keine oder nur minimale beschäftigungspolitische Impulse geben wird, so dass der überwiegende Teil der Bezieher des sogenannten Arbeitslosengeldes II für unabsehbare Zeit zu einem Leben in Armut verurteilt sein wird.

Um diese sozialpolitische Ungerechtigkeit zu ändern, wurde unsere vorliegende Bundesratsinitiative konzipiert.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth  
Fraktionsvorsitzende